

beim Nachweis, daß von einer Syndikatszeche die von ihm beordnete Qualität an das Ausland geliefert wird, braucht es weder Ausfuhrverbot noch Tarifreform, um die vom Syndikat abhängigen Kreise vor Benachteiligung durch Auslandsverkäufe zu schützen und ihnen ihre wirtschaftliche Freiheit wiederzugeben.

Berechtsamesteuer und Lieferungszwang, kurz das Programm der Bodenreformer ist es, wie auf dem Bundestag in Düsseldorf im Jahre 1906 beraten und niedergelegt, das wir als das wirksamste Mittel ansehen, um die ungesunden Auswüchse der Syndikate zu beseitigen und die Interessen der Allgemeinheit mit den berechtigten Forderungen des Bergbaues in Einklang zu bringen.

So sehr wir die Stellungnahme der Regierungen zugunsten der Syndikate bedauern und bekämpfen müssen, so wenig liegt in obigen Vorschlägen das Verlangen zur Stellungnahme gegen sie; denn wenn in einer Besteuerung Gegnerschaft liegen soll, dann müßte die Staatsgewalt ja die Gegnerin aller sein. Über diese Auffassung aus der Zeit des alten Despotismus sind wir hoffentlich hinaus, und ebensowenig, wie es den Privateisenbahnen einfällt, den Staat als Gegner anzusehen, weil er sie unter den Beförderungszwang gestellt hat, ebensowenig hätten die Syndikate Veranlassung dazu, wenn er ihnen den Lieferungszwang auferlegt.

Wir wollen weder das eine noch das andere; der Staat soll weder Freund noch Gegner sein, sondern der unparteiische Sachwalter des Allgemeinwohls, der über den Dingen steht.

Die politische Seite der Frage.

Wenn wir uns im vorhergehenden mit ihrer wirtschaftlichen Seite beschäftigt haben, die durch die Stellungnahme der Regierungen zu den Syndikaten akut geworden ist, so darf nicht übersehen werden, daß sie auch noch eine sehr ernste politische Seite hat.

Das Vertrauen der Masse der Bevölkerung, auch der wohlmeinenden Schichten, in die Unabhängigkeit der Regierung von den großen Kapitalmächten wird erschüttert, ja noch schlimmer: man gewinnt den Eindruck einer geradezu fläglichen Unterordnung. Wer den täglichen schweren Konkurrenzkampf des Erwerbslebens durchzukämpfen hat,

kann es einfach nicht verstehen, warum der Staat gerade denen diesen Kampf abnimmt, die an sich schon eine bevorzugte Stellung haben, während ihm selbst keine Hilfe werden kann, selbst wenn der Staat es wollte. Man sagt sich, daß so etwas nur möglich sein könne, weil die hohen Herren in Berlin ganz unter dem persönlichen Einfluß derjenigen Kreise stehen, die kraft ihres aus eben diesem Bergwerksbesitz fließenden Reichtums eine hohe gesellschaftliche Stellung einnehmen, entweder als direkte Interessenten oder als Mitglieder der Hochfinanz, die naturgemäß eng damit verschwägert ist. Das Vertrauen in das alte, stolze preußische Beamtentum schwindet, das sich nicht durch Rang und Reichtum blenden ließ. Noch mehr — so hart es klingen mag —: das monarchische Gefühl erhält einen neuen schweren Stoß, und die Zeiten sind wahrlich nicht danach angetan, damit Raubbau zu treiben.

Wenn man sieht, wie im republikanischen Amerika Volk und Regierung sich vergeblich mühen, das Joch dieser übermächtigen Kapitalbildungen der Trusts abzuschütteln, die das Volk in der rücksichtslosesten Weise ausbeuten; wie einer der populärsten Männer, der frühere Präsident Roosevelt, wahrscheinlich nicht wieder zur Macht gelangen wird, weil er es wagte, die Trusts anzugreifen, dann hört man häufig die Antwort: kein Wunder, die von Wahlen abhängigen Männer einer Republik haben eben nicht die politische Kraft, sich gegen diese Mächte aufzulehnen; das zu können ist ja eben der Vorteil der Monarchie, die keine Wahl zu fürchten braucht, und die so fest im Volke wurzelt, daß sich ihr auch die größten Kapitalmächte beugen müssen, wenn sie sich anschicken sollten, zum Schaden des allgemeinen Wohles zu handeln. Und was sehen wir statt dessen in Wirklichkeit? Während die republikanischen Männer, getragen von dem gesunden Empfinden ihres Volkes, einen wenn auch hoffnungslosen Kampf gegen die unheimliche Macht der Trusts führen, stellt sich die monarchische Regierung sogar auf ihre Seite. Es ist wahr, daß bei uns die öffentliche Meinung noch nicht in dem Maße gegen die Trusts und Syndikate eingenommen ist, wie in den Verein. Staaten, weil wir noch nicht in dem Maße zu leiden haben wie dort; aber die Stimmung ist vorhanden, und mit ihr sollte man rechnen, ehe sie Gelegenheit und Nahrung bekommt, sich zu schärfen.

Den kleinen Mann muß eine große Hoffnungslosigkeit beschleichen, wenn er sieht, wie ihm seine ganze Lebenshaltung tagtäglich durch monopolistische Bestrebungen des Großkapitals — die Beherrschung

des Bodens gehört auch in dieses Gebiet — verteuert wird, und wie diejenigen, von denen allein er Hilfe erwarten könnte, sich auf die Seite seiner wirtschaftlichen Feinde stellen.

Über Staatsmonopole läßt sich reden, namentlich wo es sich um Bodenschätze, Wasserkräfte usw. handelt; denn alle Einnahmen, die hieraus fließen, kommen der Allgemeinheit wieder zugute. Aber eine staatliche Unterstützung von Privatmonopolen sollte ganz indiskutabel sein. Die Zeiten, wo solche Gesellschaften unter behördlicher Protektion geblüht haben, haben noch meistens mit schweren Erschütterungen geendet.

Die behördliche Förderung der Monopolgesellschaften entspringt der wohlmeinenden Absicht, die produktiven Kräfte der Nation zu steigern. Das ist gewiß sehr lobenswert, aber sie verkennet die Tatsache, daß keine direkte Förderung der Produktion auch nur annähernd den Wert der indirekten, auf dem Umwege über den Konsum, erreicht. Unsere ganze Wirtschaftspolitik leidet an einer verhängnisvollen Überschätzung der Produktion. Gewiß ist sie wichtig, aber durch Produktion ist noch kein Volk reich geworden, sondern lediglich durch wachsenden Konsum im Innern und steigenden Absatz nach außen.

Die Produktion erzeugt wohl Gebrauchsgegenstände, aber noch lange keine Werte. Der Konsum macht sie erst dazu. Eine Ware, die nicht ihren Konsumenten findet, ist gar nichts wert. Wo in einem Lande der Resonanzboden des Massenkonsums fehlt, nützt alle behördliche Förderung nichts; wo sich aber dieser Konsum einstellt, ist jede künstliche Förderung überflüssig. Man sagt wohl, wer nicht produziere, könne auch nicht konsumieren; das ist bis zu einem gewissen Grade richtig, aber in dieser Wechselwirkung ist der Konsum immer das Primäre gewesen und ist es auch heute noch.

Daher ist eine höhere Berücksichtigung des Konsumentenstandpunktes eine unerläßliche Vorbedingung gesunder wirtschaftlicher Entwicklung. Aber auch vom politischen Standpunkt aus ist das wichtig.

Von tausend Haushaltungsvorständen in Preußen haben 544,9 nur ein Jahreseinkommen von unter 900 Mark, und 953,2 haben weniger als 3000 Mark. Also im ganzen müssen sich in Deutschland über 61 Millionen Menschen mit einem Einkommen ernähren, bei dem jede Preiserhöhung bei einem notwendigsten Bedarfsartikel — und dazu gehören die Kohlen — sehr unangenehm empfunden wird. Ist es da politisch richtig, diese 61 Millionen zu verärgern, damit die Direktoren und Aktionäre von 68 Kohlenzechen zufriedengestellt werden?

Der großen Masse wird keine Sophistik der Welt beibringen, das sei zu ihrem Heile. Sie unterwirft sich wohl, wenn auch seufzend, so doch stillschweigend, wenn durch Mißwachs und andere elementare Ursachen Preiserhöhungen nötig sind; aber wenn diese auf menschliche Willkürakte zurückzuführen sind, dann lehnt man sich auf, und der Unwille kehrt sich gegen eine Regierung, die das begünstigt. Sie sollte auch an die Unzufriedenheit denken, die eine solche Politik in dem stetig sich erweiternden Kreise ihrer Beamten hervorruft. Wenn nun auch sonst manches für sie geschieht, als Konsumenten entbehren sie jeglicher Fürsorge, und das muß auch sie mit der Zeit bitter machen. Dann kommen sie nur zu leicht in die Gemütsstimmung hinein, die sie für sozialdemokratische Einflüsterungen empfänglich macht; denn was wollen sie antworten, wenn der Agitator ihnen für seine Behauptung vom „Kapitalistenstaat“ aus der Politik der Regierungen den Syndikaten gegenüber den Beweis erbringt: „für die Millionäre sorgt man, ihr müßt bezahlen!“?

Es liegt hier wirklich eine Frage vor, die nicht ernst genug genommen werden kann; eine radikale Umkehr ist geboten, und man sollte die warnenden Stimmen aus dem bürgerlichen Lager nicht ungehört verhallen lassen.

Natürlich gehören starke Nerven dazu seitens unserer führenden Männer, sich all den unwägbaren Einflüssen zu entziehen, die in ihrer Umgebung tätig sind, um sie in die verhängnisvolle Richtung zu drängen, die wir bedauern. Zum Glück sind die Zeiten vorbei, wo ein Minister mit hoher wirtschaftlicher Einsicht und dem Willen zur sozialen Tat keinen Resonanzboden in der öffentlichen Meinung findet, wie es früher nur leider zu häufig der Fall war. Nur einem Bismarck war es möglich, die Widerstände zu besiegen, die sich seiner Eisenbahnverstaatlichung und seiner großen sozialen Gesetzgebung entgegenstimmten; selbst ein Miquel erlahmte in manchem großzügig geplanten Reformwerk, weil er keine Unterstützung in der öffentlichen Meinung fand.

Das ist heute besser geworden. Namentlich die Bodenreformbewegung hat viel Aufklärung geschaffen, und der Staatsmann, der sich die hohe Aufgabe stellen würde, eine weitsichtige soziale Politik zu treiben im Gegensatz zu der heute herrschenden Tendenz, würde der begeisterten Zustimmung von Millionen sicher sein. Freilich müßten ihm die zufriedenen Gesichter dieser Millionen, die er nicht sieht, mehr wert sein, als die unzufriedenen Mienen der Hochfinanz, die er sieht.

Was sich augenblicklich vor unsern Augen abspielt, ist durchaus verhängnisvoll. Wie wenig Rücksicht man dabei auf die öffentliche Meinung genommen hat, beweist schon, daß auf der Syndikatsversammlung, gleichzeitig mit der Ankündigung des Beitritts der fiskalischen Zechen, die Erhöhung der Kohlenpreise erklärt werden konnte. Das muß doch selbst dem Herrn Minister peinlich gewesen sein und hätte verhindert werden müssen, wenn auch nur „um das Gesicht zu wahren“, wie der Chinese sagt. Wenn es geheißen hätte, der Staat hat durch seinen Beitritt eine geplant gewesene Erhöhung der Richtpreise verhindert, so hätte das wenigstens nach außen hin gut ausgesehen; aber entweder man wollte nicht, dann bedeutet das auch für die Zukunft nichts Gutes; oder man konnte nicht, und dann liegen die Dinge noch schlimmer.

Das Schlimmste aber ist, daß noch Argumente nötig sind, um die Notwendigkeit zu beweisen, daß der Staat als Vertreter der Gesamtheit auch auf wirtschaftlichem Gebiete nicht Diener, sondern Herr sein soll und keinen Staat im Staate dulden, geschweige denn fördern darf.
